

Auf ver.di ist Verlass

CORONA-PANDEMIE – ver.di-Vorsitzender fordert weitere Unterstützung für Betroffene

Seit Anfang November befindet sich Deutschland wegen der stark angestiegenen Zahl an Corona-Infizierten wieder in einem sogenannten Lockdown. Die Einschränkungen greifen zwar nicht ganz so weit in den Alltag ein wie die im Frühjahr, dennoch haben sie Konsequenzen. Viele Beschäftigte sind weiter in Kurzarbeit, insbesondere in Branchen wie der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, im Tourismus, in der Gastronomie drohen weitere existenzielle Einnahmeverluste.

Soloselbstständige und Gewerbetreibende sollen jetzt 75 Prozent ihrer Umsätze aus dem Vorjahresmonat oder des Jahresdurchschnitts erstattet bekommen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke erwartet, dass das nun auch bei Soloselbstständigen unbürokratisch und schnell umgesetzt wird.

REGELSÄTZE REICHEN NICHT

Deutlich sichtbar werden jetzt auch die Lücken in den Systemen der sozialen Sicherung. Als Beispiel nennt Werneke in einem Statement an die Mitglieder die Grundsicherung, bei der die Regelsätze schon in „normalen“ Zeiten nicht reichen (siehe ver.di news 15/2020). Daher fordert er mindestens für die Dauer der Pandemie einen Aufschlag auf die Hartz-IV-Regelsätze von 150 Euro.

Am fehlenden Geld könne das nicht liegen, sagt Werneke und verweist auf die 5,4 Milliarden



Euro, die der Haushaltsausschuss des Bundestags jüngst für den Kauf von 38 Eurofightern gebilligt hat. „Dass dafür Geld da ist, aber nicht für eine Anhebung der Hartz IV-Regelsätze – das ist ein Armutszeugnis“, so der ver.di-Vorsitzende.

Deutlich zeigten sich nun auch die Mängel im Gesundheitssystem. Es fehlten Pflegekräfte, insbesondere in der Intensivpflege. Werneke beziffert die Zahl der fehlenden Pflegekräfte mit 80 000 Vollzeitstellen: „Das ist ein untragbarer Zustand – in der Pandemie ganz besonders.“ Schon lange fordere ver.di eine verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern. Hier müsse die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode den Einstieg durchsetzen. Die Instrumente dafür habe ver.di be-

reits mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Deutschen Pflegerat entwickelt. Jetzt müsse Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, CDU, sie einsetzen.

Wichtig sei für ver.di in dieser zweiten Corona-Welle auch der Gesundheitsschutz, nicht nur in Krankenhäusern und der Altenpflege, sondern auch im Einzelhandel, im Personennahverkehr, in Kitas und in vielen anderen Bereichen. Auch kämpfte ver.di weiter für die Mitglieder, deren Arbeitsplätze bedroht seien, und alle Mitglieder könnten sich bei allen Fragen und Sorgen auf die Unterstützung von ver.di verlassen.

Heike Langenberg

Das vollständige Statement kann auf verdi.de angesehen werden.

EINE SONDERVORSCHRIFT...

... gilt noch bis zum Ende des Jahres für die Arbeit von Betriebsratsgremien. Sie wurde als Paragraph 129 in das Betriebsverfassungsgesetz eingefügt und besagt im Kern, dass diese Gremien auch in Video- und Telefonkonferenzen Beschlüsse fassen können, wenn Präsenzsitzungen nicht möglich sind. Da das Infektionsgeschehen wieder zugenommen hat, stellt sich erneut verstärkt für Betriebsratsmitglieder die Frage, wie sie ihre Arbeit organisieren. Der ver.di Bereich Mitbestimmung weist erneut darauf hin, dass die Beschlussfassung in Video- und Telefonkonferenzen der besondere absolute Ausnahmefall bleiben sollte. Denn hier bestehen weiterhin die größten Risiken zur Frage der Nichtöffentlichkeit und ordnungsgemäßen Beschlussfassung.

**mitbestimmung.
verdi.de**

Nicht verwunderlich

„Wer solche politischen Entscheidungen trifft, sollte sich über Flucht aus dem Beruf nicht wundern.“

ver.di-Gewerkschaftssekretärin Julia Niekamp zu der Verordnung, mit der das niedersächsische Sozialministerium eine 60-Stunden-Woche u. a. in Pflegeberufen zulässt

CORONA
Rettungsschirm für Kinos

Wirtschaftshilfe muss auch Filmtheater erreichen

SEITE 2

BELARUS
Erneute Festnahme

Gefährliche Lage für Streikende und Protestierende

SEITE 3

ÖPNV
Aufwertung dringend nötig

Erste Abschlüsse im öffentlichen Personenverkehr

SEITE 4

WIRECARD
Beschäftigte wollen mitreden

Betriebsräte in sieben Unternehmen gewählt

SEITE 5

BETRIEBSRÄTE
Beharrlich zur Vereinbarung

Verbessertes Schichtsystem und planbare Freizeit

SEITE 6

PERSONALRÄTE
Urkunden kommen per Post

Gold für PR der Stadtverwaltung Düsseldorf

SEITE 7

Rettungsschirm für Kinos

CORONA – Wirtschaftshilfe muss auch die Filmtheater erreichen

Falsche Anreize

(red.) Mitte November hat ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler ihre Kritik am System der Fallpauschalen (DRG) bekräftigt. Anlass war eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die der Gesundheitssystemforscher Michael Simon vorgelegt hat. Sie mache deutlich, dass die Krankenhausfinanzierung grundlegend reformiert werden müsse. „Gute Qualität wird nicht honoriert“ kritisierte Bühler. Das DRG-System schaffe Anreize, selektiv Patientengruppen zu behandeln, die sich wirtschaftlich rechnen. Vor allem aber habe es zu einem drastischen Personalabbau beim Dienstleistungs- und Pflegepersonal geführt. Die von der Bundesregierung beschlossene Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen sei daher ein erster richtiger Schritt. „Am besten wäre, das DRG-System jetzt auszusetzen und alle tatsächlich anfallenden Kosten vollständig zu finanzieren. Das gibt den Kliniken Planungssicherheit“, so Bühler.

MICHAEL SIMON: DAS DRG-FALLPAUSCHALEN-SYSTEM FÜR KRANKENHÄUSER. KRITISCHE BESTANDSAUFNAHME UND ECKPUNKTE FÜR EINE REFORM DER KRANKENHAUSFINANZIERUNG JENSEITS DES DRG-SYSTEMS, HANS-BÖCKLER-STIFTUNG, WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG NR. 196, NOVEMBER 2020, DOWNLOAD UNTER [KURZLINKS.DE/DKRC](https://www.kurzlinks.de/dkrc)

(pewe/pm) „Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen // Den Vorhang zu und alle Fragen offen.“ Das Zitat aus „Der gute Mensch von Sezuan“ von Bertolt Brecht wird oft bemüht, aber selten passt es so treffend auf eine Situation wie die, in der sich die Kinos in Deutschland nun mit dem zweiten Lockdown befinden. Sie haben viel Geld in Hygiene-Konzepte gesteckt und seit der Wiedereröffnung im Frühsommer dennoch über das laufende Jahr Umsatzverluste von weit über 50 Prozent gemacht. Durch die jetzt verordnete Schließung belaufen sich momentan die Einnahmen wieder komplett auf Null.

KRISE DROHT

ver.di, der Hauptverband Deutscher Filmtheater (HDF KINO) und die großen Kinoketten Cinedom, Cinemax, Cinestar, Kinopolis und UCI haben sich deshalb zusammengetan und an die Bundesregierung appelliert. Sie müsse sicher-

stellen, dass die zugesagten Mittel der außerordentlichen Wirtschaftshilfe ausnahmslos alle Kinos erreichen – unabhängig von ihrer Größe und der Zahl ihrer Beschäftigten. Für die langfristige Absicherung der Kinowirtschaft bedürfe es zudem eines „Rettungsschirms Kino“, um Umsatzeinbrüche und Fixkosten über den November hinaus zu decken. Anderenfalls drohe eine schwerwiegende Krise der gesamten Branche, verbunden mit massiven Folgen auch für die Beschäftigten, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

MEHR SCHUTZ

Bei den Mitarbeiter*innen in den Kinos handelt es sich zu einem Großteil um studentische Kräfte und geringfügig Beschäftigte ohne gesetzlichen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Die während der Schließung der Filmtheater entstandenen Verdienstauffälle aller Beschäftigten wurden von den Kinounternehmen bisher durch

Aufstockung des Kurzarbeitergeldes bzw. einer entsprechenden Lohnfortzahlung ausgeglichen.

In den letzten Monaten habe sich allerdings gezeigt, so steht im Appell des Bündnisses, dass insbesondere Kinoketten und Betreiber*innen mehrerer Kinos so gut wie gar nicht von staatlichen Förderungen, Erstattung von Umsatzausfällen und dem Schutz vor Mietstreitigkeiten profitierten. Dies vornehmlich deshalb, weil bei der Gewährung staatlicher Hilfen die Anzahl an Beschäftigten oder die gesellschaftsrechtliche Struktur der Unternehmen als Förderungskriterien herangezogen würden. Dies gelte es unbedingt zu korrigieren, sonst stehe die Existenz weiterer Teile der Kinobranche auf dem Spiel, warnt das Bündnis. Darüber hinaus fordert das Bündnis mit Dringlichkeit, alle Kinobetriebe über ein langfristiges Hilfsprogramm „Rettungsschirm Kino“ zu unterstützen. Nur dann könne das Kulturgut Kino flächendeckend erhalten bleiben.

DI E P R E S S E - S H O W

Schon mal was von Michael Schrodi gehört? Nein? Macht nichts. Die *Süddeutsche online* vom 15. November stellt den SPD-Mann mit Ambitionen vor: „Michael Schrodi kennt die Stadion-Atmosphäre. Jahrelang hat er für den SC Fürstfeldbruck und den FC Pipinsried im höherklassigen Amateurbereich Fußball gespielt. Jetzt, an diesem sonnigen Samstagvormittag, steht der 41-Jährige, der seit 2017 für die SPD im Bundestag sitzt, am Spielfeldrand des Sepp-Helfer-Stadions auf dem Gelände des ASV Dachau und spricht in ein Mikrofon. Hinter ihm liegt der grüne Rasen, vor ihm und in großem Abstand hocken rund 50 SPD-Delegierte auf der Tribüne, die ihm während seiner Rede öfter zujubeln. „Das ist hier wie ein Heimspiel für mich“, sagt Schrodi.“

So beginnen sie, die großen Geschichten in den Medien. Und die braucht es jetzt auch nach dem nervenzerreißenden Präsidentschaftswahlkampf in den USA,

der ja irgendwie noch immer nicht beendet ist. Aber: In zehn Monaten wählen wir einen neuen Bundestag – und eine neue Kanzlerin, oder vielleicht auch einen neuen Kanzler.

SEPP-HELFER-STADION

Zeit online stellte am 11. November erst einmal ein paar entscheidende Fragen, wie denn der Wahlkampf in Zeiten der Pandemie gehen kann. Schließlich hat nicht jede*r ein Sepp-Helfer-Stadion zur Hand für größere Ansprachen. „Auch hier bieten die USA viel Anschauungsmaterial“, heißt es da, und weiter: „Folgende Trends und Herausforderungen haben die Parteistrategen ausgemacht: Zunächst eine Fragmentierung der sozialen Medien. Zu Facebook und Twitter sind Instagram, TikTok, Twitch, Telegram und andere Netzwerke dazugekommen, die man nun nicht vernachlässigen dürfe. Eine wichtige Rolle in den Planungen spielen

auch einzelne Influencer mit riesiger Reichweite, die die Parteien idealerweise erreichen wollen.“

Die Grünen wollen am Ende in erster Linie ran an die Kohle. „Bei den Grünen wird darüber nachgedacht, in einer Koalition ab 2021 das Finanzministerium zu beanspruchen. Das bestätigten mehrere gut vernetzte Grüne der taz. „Wenn wir auf Augenhöhe mitspielen wollen, brauchen wir das Finanzressort“, sagte ein nicht namentlich genannter Grünen-Bundespolitiker der taz am 12. November. SPD-Man Schrodi weiß aus seinen ersten drei Bundestagsjahren: „Man kann etwas bewegen. Auch als Neuling.“ Laut *Süddeutsche.de* hat er „große Ziele für die nächste Legislaturperiode. Er will mehr, vielleicht sogar einen Regierungsposten.“ Und wenn er jetzt auch Finanzminister werden will? Egal, *Zeit online* weiß: „Es wird ein hektisches, ein intensives Wahljahr. Auch ganz ohne Trump.“

Petra Welzel

Erneute Festnahme

BELARUS – Gefährliche Lage für Streikende und Protestierende

(pewe) Nach einem Streiktag beim Kaliwerk JSC Belaruskali in Belarus, an dem die Beschäftigten friedlich für Freiheit, Demokratie und Respekt demonstriert haben, waren im September vier Gewerkschafter festgenommen worden: Siarhei Charkasau, der stellvertretende Vorsitzende der Belarusian Independent Trade Union (BITU), und die Gewerkschafter Pavel Puchenia, Yury Korzun und Anatol Bokun. In Zusammenarbeit mit der BITU und dem internationalen gewerkschaftlichen Dachverband IndustriALL konnten innerhalb von zehn Tagen in einer Petition tausende Unterschriften in 15 Ländern gesammelt werden. Und die zeigten erst einmal Wirkung: Anfang November wurde Anatol Bokun, Mit-Organisator des Streiks bei Belaruskali, nach 55 Tagen Haft entlassen. Drei Tage später kamen auch die anderen drei Gewerkschafter frei.

HÄRTE DER REGIERUNG

Doch die Freude über die durch nationale und internationale Solidarität erreichte Freilassung währte nur kurz. Mitte November wurden die vier Kollegen erneut festgenommen, gemeinsam mit 38 weiteren Gewerkschaftsaktivist*innen. Bei Redaktionsschluss wurden sie immer noch in einer lokalen Polizeistation festgehalten. Das zeigt, wie gefährlich die Lage für Streikende und Protestierende in Belarus gegen das nachweislich gefälschte Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 9. August dieses Jahres weiterhin ist. In einem

Unterstützung hilft

Labourstart hat sofort nach der Festnahme der 42 Gewerkschaftsaktivist*innen eine neue Kampagne gestartet. Sie ist zu finden unter kurzelinks.de/mexa

Brief an den belarussischen Botschafter in Deutschland schreibt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke: „Uns bestürzt zutiefst, mit welcher Härte die belarussische Regierung gegen die friedlichen Proteste von Demonstrantinnen und Demonstranten vorgeht, die sich für demokratische Wahlen, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit in der Republik Belarus einsetzen.“

Zuletzt ist am 11. November ein 31-jähriger Mann in der Hauptstadt Minsk ums Leben gekommen. Dem unabhängigen Nachrichtenportal Tut.by zufolge wurde der junge Mann von Maskierten wegen der weiß-roten Bänder der Freiheitsbewegung an seinem Haus angegriffen und niedergeprügelt. Die Berichte solcher Attacken und Entführungen maskierter belarussischer Sicherheitskräfte mehren sich. Die Protestierenden schreckt das bisher aber nicht ab.



DER VER.DI-VORSITZENDE **FRANK WERNEKE** IN EINEM BRIEF AN DEN BOTSCHAFTER DER REPUBLIK BELARUS, DENIS SIDORENKO

A U S Z U G

Freie Wahlen gefordert

„(...) Uns bestürzt zutiefst, mit welcher Härte die belarussische Regierung gegen die friedlichen Proteste von Demonstrantinnen und Demonstranten vorgeht, (...) Wir stehen solidarisch an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen in der Republik Belarus, die mit Streiks und Protestaktionen für eine demokratische Zukunft ihres Landes kämpfen. Wir unterstützen die Forderungen der Menschen Ihres Landes nach freien und demokratischen Wahlen, der sofortigen Freilassung aller politischen Gefangenen sowie der strafrechtlichen Verfolgung staatlicher Gewalttäter. Wir appellieren an Sie, Herr Botschafter, gemeinsam mit Ihrer Regierung einen neuen Weg einzuschlagen. Zeigen Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie ihre Anliegen ernst nehmen. Beenden Sie den Einsatz von Gewalt gegen die eigene Bevölkerung. Sorgen Sie für Aufklärung über die nachweisliche Fälschung des Wahlergebnisses und bereiten Sie den Weg für eine demokratische Neuwahl.“

Für die Selbstbestimmung der Polinnen

SOLIDARITÄT – Recht auf Schwangerschaftsabbruch soll erneut verschärft werden

(pm/pewe) Der 11. November markiert in Polen den Tag der Unabhängigkeit. Immer weniger unabhängig, vor allem in ihrer Selbstbestimmung, sind die Polinnen. Seit Wochen protestieren sie gegen das erneut verschärfte Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch. Dabei hat Polen bereits eines der strengsten Gesetze weltweit. 2019 wurden laut des polnischen Gesundheitsministeriums offiziell 1100 Abtreibungen vorgenommen – die meisten wegen Fehlbildungen des Fötus.

DER ROTE BLITZ

Das neue Urteil des Verfassungsgerichts, mit dem das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch weiter eingeschränkt wird, bedeutet praktisch ein Abbruchsverbot. Und schon vor Inkrafttreten des Urteils untersagen Krankenhäuser und Ärzt*innen die geplanten Eingriffe aus Angst vor Konsequenzen. Hunderttausende Polinnen befinden sich deshalb in einem

„Frauen-Streik“, ihr Symbol: ein roter Blitz.

AN DER SEITE DER FRAUEN

ver.di stellt sich an die Seite der streikenden Frauen in Polen. In einer Solidaritätserklärung heißt es: „Wir, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Deutschland, stehen solidarisch an eurer Seite im Kampf für die Selbstbestimmung der Frauen und gegen jede Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen. Euer Protest wird in Deutschland gehört und stößt bei uns auf uneingeschränkte Zustimmung!“

Schätzungen zufolge brechen wegen des ohnehin schon strengen Abtreibungsrechts, dass eine Abtreibung bisher nur im Falle geschädigter oder unheilbar kranker Föten erlaubte, jährlich 80 000 bis 150 000 Polinnen entweder illegal im Land oder außerhalb des Landes eine Schwangerschaft ab. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch sollte vor vier Jahren schon einmal verschärft werden. Auch damals traten die Polinnen in den Streik. Als sich nach der jetzigen Urteilsverkündung Bischöfe und Priester in Polen maßlos für das Abtreibungs-Urteil bei den Nationalpopulisten von der PiS, der PiS-Regierung und dem von der PiS kontrollierten Verfassungsgericht bedankten, reichte es den Polinnen wieder. Sie stürmten 22 Kirchen und übernahmen die Gottesdienste mit ihren Botschaften. In ganz Polen sprühten sie Frauen-Notrufnummern und den roten Blitz an Häuser und rund 70 Kirchenwände.

Neben der Solidaritätserklärung hat ver.di Briefe an die Bundesministerin für Frauen, an die EU-Kommissarin für Gleichstellung und den polnischen Botschafter in Deutschland gegen das Quasi-Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen mit der Aufforderung zu Handeln gerichtet.

Die vollständige ver.di-Solidaritätserklärung: kurzelinks.de/e3el

Aufwertung dringend nötig

ÖPNV – Erste Abschlüsse im öffentlichen Personennahverkehr

(hla) Für die Beschäftigten im ÖPNV hat ver.di mittlerweile erste Tarifergebnisse erreicht. Ein wichtiger Punkt war eine Verständigung über die Corona-Prämie, die noch in diesem Jahr ausgezahlt werden muss, damit sie steuer- und abgabenfrei ist. Jedoch reicht die Zahlung der Prämie allein nicht aus, um die Berufe im ÖPNV dauerhaft aufzuwerten. Und diese Aufwertung ist dringend nötig. Bis 2030 muss etwa die Hälfte der Stellen neu besetzt werden, weil entsprechend viele Kolleg*innen in Rente gehen.

Aber Personal fehlt auch schon jetzt. Um die Arbeit im ÖPNV attraktiver zu machen wollte, ver.di mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) über einen bundesweiten Rahmentarifvertrag verhandeln. Doch die VKA weigert sich, diesen jetzt zu verhandeln, hat jedoch Gespräche über einen möglichen Prozess in der Zukunft zugesagt. Dies wird Zeit brauchen.

Als erste Schritte für ein einheitliches Niveau hat ver.di die Verhandlungen in den Ländern um die bundesweiten Forderungen ergänzt. So konnten in bislang vorliegenden Abschlüssen unter anderem in Sachsen, Baden-Württemberg oder NRW mehr Urlaubstage, höhere Jahressonderzahlungen, Regelungen zur Anrechnung der Ausbildungszeit und/oder Entlastungstage durchgesetzt werden. Hinzu kommt hier die Übernahme des jüngsten Tarifabschlusses im TVöD. In NRW wurde etwa die Entgeltgruppe 5a abgeschafft.

In Bayern wurde ein Zwischenergebnis erreicht: Die Corona-Prämie wird gezahlt, Mantel- und Entgelttarifvertrag werden bis zum 30. April 2021 wieder in Kraft gesetzt. Im kommenden Jahr wird dann über Entlastung und weitere Lohnerhöhungen verhandelt.

„Durch die angestiegenen Infektionszahlen ist die Situation schwierig, sowohl Streiks als auch ein Pausieren

der Verhandlungen könnte sinnvoll sein“, sagt Mira Ball, die Leiterin der ver.di-Bundesfachgruppe Busse und Bahnen. Sie ist sich sicher, dass die Tarifkommissionen einen Weg finden werden, der das bestmögliche Ergebnis bringt. „Denn ohne Entlastung und Wertschätzung für die Beschäftigten wird die Verkehrswende nicht zu bewältigen sein“, sagt sie.

Mit Bündnispartner*innen, zu denen unter anderem Fridays for Future, attac sowie Umwelt- und Verkehrsverbände zählen, hat ver.di zudem dafür gesorgt, dass der ÖPNV zum bundespolitischen Thema geworden ist. Erstmals gibt es einen Rettungsschirm von Bund und Ländern für den ÖPNV. Die Forderungen nach mehr Geld für den Nahverkehr und nach einem ÖPNV-Gipfel haben viele Unterstützer*innen gefunden. „Auch dafür wird ver.di weiter kämpfen“, kündigte Mira Ball an.

tvn2020.de

TARIFLICHES

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT – (red.) Für die Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit hat ver.di eine Tarifeinigung erreicht. Noch in diesem Jahr wird eine einmalige Corona-Sonderprämie in Höhe von bis zu 600 Euro ausgezahlt. Der genaue Betrag ist nach Tätigkeitsebenen gestaffelt. Die Tabellenentgelte steigen zum 1. April 2021 um 1,4 Prozent, mindestens aber um 50 Euro. Zum 1. April 2022 werden sie um weitere 1,8 Prozent erhöht. Azubis und Studierende bekommen ab den genannten Zeitpunkten jeweils 25 Euro mehr pro Monat. Das von der BA abgelehnte Thema der Arbeitszeitverkürzung ist für ver.di aber noch nicht vom Tisch. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 12. Dezember.

IKK – (red.) Mit dem Januar-Gehalt erhalten die Beschäftigten in der IKK-Tarifgemeinschaft noch Ende Dezember eine Corona-Prämie in Höhe von 400 Euro. Ab 1. April 2021 steigen die Tabellenentgelte um 2,1 Prozent, ab dem 1. November 2021 und dem 1. Juli 2022 dann jeweils um weitere 1,6 Prozent. Der Familienzuschlag wird in zwei

Schritten überproportional angehoben und beträgt ab dem 1. Juli 2022 dann 140 Euro pro Monat. Darauf hat sich ver.di mit den Arbeitgebern verständigt. Bis zum 18. November, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der ver.di-Mitglieder zu dem Ergebnis äußern. Mitte Oktober hatte ver.di sich mit den Arbeitgebern bereits auf eine Sicherung der IKK-Betriebsrente verständigt.

STATIONIERUNGSSTREITKRÄFTE

– (pm) In der ersten Runde haben sich ver.di und die Gewerkschaft NGG mit den durch das Bundesfinanzministerium vertretenen Gaststreitkräften auf eine Erhöhung der Entgelttabellen für die Zivilbeschäftigten verständigt. Sie steigen zum 1. November um 1,6 Prozent, die Ausbildungsentgelte um 25 Euro. Die Löhne für Aushilfskräfte bei der Nato steigen auf 12,16 Euro pro Stunde. Zusätzlich erhalten die Beschäftigten und die Azubis noch in diesem Jahr eine Corona-Sonderzahlung von 250 Euro, bei den Beschäftigten der AAFES wird die bereits ausgezahlte Prämie um 150

Euro erhöht. Die AAFES ist eine Konsumgüterversorgungskette des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums, die in eigenen Ladengeschäften der Versorgung der US Army und der US Air Force dient. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Bundesweit gibt es rund 12000 Zivilbeschäftigte bei den Stationierungsstreitkräften.

TARIFGEMEINSCHAFT TÜV BUND

– (pm) Die Einigung in der Tarifrunde TÜV BUND sieht eine Corona-Prämie in Höhe von 800 Euro vor. Sie wird in allen Unternehmen der Tarifgemeinschaft ausgezahlt. Dazu zählen der TÜV Nord, die Gesellschaft für Reaktorsicherheit, der TÜV Hessen und der TÜV Saarland mit insgesamt etwa 7000 Tarif-Angestellten. Im ersten Quartal 2021 wird über die prozentualen Tarifierhöhungen, die ab dem 1. April 2021 zu zahlen sind, verhandelt. Darüber hinaus geht es um die Absicherung einer Wahlmöglichkeit zwischen Entgelterhöhung und mehr Freizeit; außerdem stehen eine Erfolgsbeteiligung und ein Tarifvertrag Homeoffice im Fokus.

MITBESTIMMUNG. WEIL IT UND DATENSCHUTZ SPIELREGELN BRAUCHEN.

Mit »Computer und Arbeit« –
immer informiert. Immer rechtssicher.



Zwei
Ausgaben
gratis
testen!

Lesen Sie in den kommenden Ausgaben

wichtiges zu den Themen:

- Gesundheitsdaten – Was macht die Corona-App
- Digitaler Arbeitsschutz
- E-Learning
- Digitalisierung und Geschlechterverhältnisse

Jetzt zwei Ausgaben gratis testen: www.cua-web.de/verdi

Beschäftigte wollen mitreden

WIRECARD – Betriebsräte in sieben Unternehmen gewählt

(pm) Manipulierte Bilanzen, Marktmanipulation, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft – seit Mitte des Jahres macht Wirecard negative Schlagzeilen. Der Aktienkurs ging auf Talfahrt. Es folgten Insolvenz und eine erste Kündigungswelle, aber auch Kündigungsrücknahmen. Die Beschäftigten sind der Unsicherheiten überdrüssig und haben Ende Oktober Betriebsräte gewählt, die ihre Interessen vertreten, und zwar in folgenden Unternehmen der Wirecard-Gruppe: Wirecard AG, Wirecard Bank AG, Wirecard Technologies GmbH, Wirecard Acceptance Technologies GmbH, Wirecard Issuing Technologies GmbH, Wirecard Service Technologies GmbH, Wirecard Global Sales GmbH.

Die Wahlen liefen trotz einiger Hindernisse während des Wahlprozesses weitgehend reibungslos ab,

was insbesondere auf das Engagement der Wahlvorstände zurückzuführen ist. „Unter diesen widrigen Bedingungen eine Wahl durchzuführen, ist sehr viel Arbeit und benötigt großes Durchhaltevermögen. Das verdient unseren vollen Respekt und Anerkennung“, so Kevin Voß, zuständig für den Bereich Fintechs und Digitalbanken bei der ver.di.

Die Betriebsräte nehmen nun ihre Arbeit auf und werden ihre Informations- und Mitbestimmungsrechte in Anspruch nehmen. Ziel ist es, die Verhandlungen zu beeinflussen und einen Sozialplan sowie soziale Kriterien bei weiteren Entlassungen sicherzustellen. Es ist wahrscheinlich, dass weitere Unternehmen der Wirecard-Gruppe ganz oder in Teilen an neue Eigentümer übergehen.

Neben der aktuellen Herausforderung geht es auch darum, eine

nachhaltige Mitbestimmungskultur im Unternehmen zu etablieren. Die Beschäftigten bei Wirecard wollen mitreden und das Unternehmen in die richtige Richtung steuern. Wirecard hatte Mitbestimmung in den vergangenen Jahren unterbunden, sodass es keine Betriebsräte und keine Arbeitnehmervertreter*innen im Aufsichtsrat gab. „Der Skandal um das Fehlverhalten des Managements bei Wirecard hat allen deutlich gemacht, dass Mitbestimmung nicht nur sinnvoll, sondern ausdrücklich notwendig ist“, so Voß weiter. Schon allein deshalb gehe ver.di nun von einem konstruktiven Umgang mit den Interessen der Beschäftigten aus. Konkret sei damit der Umgang des Insolvenzverwalters und eines möglichen neuen Eigentümers mit den Betriebsräten und ver.di gemeint.



MONIKA S. IST BETRIEBSRÄTIN BEI DER WIRECARD SERVICE TECHNOLOGIES GMBH

INTERVIEW

Mitbestimmen ist normal

Ihr hattet keine Betriebsräte?

Jahrelang hat das Unternehmen immer wieder verhindert, Betriebsräte zu gründen. Wir haben mit 76 Nationen in einem tollen Arbeitsklima gearbeitet, wir waren gelebte und funktionierende Integration und fühlten uns als die große technologische Hoffnung Deutschlands. Wir spürten nicht, wie wichtig Mitbestimmung war.

Dann habt ihr doch noch Betriebsräte gewählt?

Ja, es ist der absolute Hammer, dass wir in allen sieben Unternehmen binnen zweier Monate die Wahlen und die Konstituierung durchgeführt haben. Ein krasses Tempo. ver.di hat uns geholfen, als keiner für uns da war. Mitten in der Pandemie. Nun hoffe ich für die anstehenden Betriebsübergänge, dass sie ohne weitere Entlassungen ablaufen. Mitbestimmung und Informationsrechte sollten für alle Fintechs etwas Normales sein. Vom Insolvenzverwalter und vom möglichen neuen Eigentümer wünsche ich mir einen konstruktiven Umgang.

Jobabbau mit Steuergeldern

TUI FLY – Arbeitnehmervertreter*innen wenden sich mit Hilferuf an die Politik

(pm) ver.di-Tarifsekretär Marian Drews kritisiert, dass TUI fly offensichtlich Staatshilfen nutzt und dennoch Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. Nach den bisherigen Plänen der Luftfahrtgesellschaft soll die technische Basis in Hannover geschlossen und damit ein Großteil der Flugzeugwartung nach Belgien und England verlagert werden. Ebenso würden Flugzeugflotte und Crewstandorte im Inland mehr als halbiert. Die geplanten Maßnahmen

bedrohen die Arbeitsplätze von mehr als 1000 Menschen.

FLUCHT AUS DER MITBESTIMMUNG

„Hier vollzieht eine funktionierende deutsche Airline Flucht aus demokratischer Mitbestimmung und Tarifverträgen. Das ist ein Skandal und nichts anderes als sozialpolitische Verantwortungslosigkeit der TUI fly Geschäftsführung“, betont der Gewerkschafter. Die Beschäftig-

ten der TUI fly hatten sich zuvor mit einem Hilferuf an die Politik gewandt. In ihrem Brief an verschiedene Politiker machten sie deutlich, dass sie bei Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bereit seien, substanzielle Krisenbeiträge zu leisten, um das Unternehmen gemeinsam durch die Krise zu führen. Die Arbeitgeber zeigten bislang aber keine Bereitschaft, Alternativen zu diskutieren und sozialverträgliche Maßnahmen anzustreben.

Krisenvereinbarung für 35 000 Beschäftigte am Boden

LUFTHANSA – Beschäftigte sollen sich mit über 200 Millionen Euro beteiligen

(pm) Um das Unternehmen und die Arbeitsplätze zu sichern, haben sich ver.di und die Lufthansa auf eine Krisenvereinbarung für die rund 35 000 Beschäftigten am Boden verständigt. Sie schützt vor Entlassungen bis Ende März 2022. Darüber hinaus wurden obligate Programme zur Altersteilzeit vereinbart. Weitergehende Freiwilligenprogramme zum sozialverträglichen Personalabbau werden ebenfalls angeführt.

Dem gegenüber stehen Beiträge der Beschäftigten in Höhe von über 200 Millionen Euro. Diese umfassen die Streichung des Weihnachtsgeldes in 2020 und 2021 sowie des Urlaubsgeldes in 2021 inklusive Zuschlägen und einen Verzicht auf Erhöhung der Vergütung bis Ende 2021. Sollte es nach Ablauf der Vereinbarung zu Entlassungen kommen, erhalten die Betroffenen diese Krisenbeiträge bis Ende 2022 über zwölf Monate rückerstattet.

Die Aufstockung zum Kurzarbeitergeld wird von 90 Prozent auf 87 Prozent abgesenkt. Die Vereinbarung umfasst dabei aber gleichzeitig auch eine Ausweitung des tariflichen Schutzes zur Aufstockung des Kurzarbeitergeldes für etwa 6000 Beschäftigte, denen der Rückfall auf den gesetzlichen Satz drohte. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2021 und steht noch unter dem Vorbehalt einer Mitgliederbefragung.

Beharrlich zur Vereinbarung

DEUTSCHER BETRIEBSRÄTEPREIS – *Verbessertes Schichtsystem sorgt für planbare Freizeit*

(hla) Längst nicht alle Laudator*innen und nominierten Gremien waren pandemiebedingt zur Verleihung des Deutschen Betriebsrätepreises Anfang November nach Bonn gereist. So schickte auch die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis ihre Grüße als Videobotschaft (siehe Randspalte). Sie hielt die Laudatio auf den Gewinner des Deutschen Betriebsrätepreises in Bronze: Den Gemeinschaftsbetriebsrat der Zentrale der Hermes Germany GmbH in Hamburg.

Alle Preisträger*innen 2020:

Gold: Betriebsrat der Bahlsen GmbH & Co. KG, Werk Varel. Er konnte nach und nach durchsetzen, dass nicht nur die untersten Tarifgruppen im Werk abgeschlossen wurden, sondern auch, dass rund 100 Frauen höher eingruppiert wurden.

Silber: Betriebsrat der HWK – Hüttenwerke Königsbrunn GmbH (Ebenfalls Publikumspreis)

Bronze: Gemeinschaftsbetriebsrat Hermes Germany GmbH, Hamburg

Sonderpreis Innovative Betriebsratsarbeit: Betriebsrat Robert Bosch GmbH am Standort Schwieberdingen

Sonderpreis Zukunftssicherung: Gesamtbetriebsrat Hewing GmbH, Ochtrup

Sonderpreis Corona: Betriebsrat der Stadtwerke Böblingen sowie der B. Braun Melsungen AG

dbrrp.de

Die Kolleg*innen des Logistikunternehmens hatten gezeigt, dass es viel Geduld und Engagement braucht, um Verbesserungen durchsetzen zu können. 2014 hatten sie vom Deutschen Betriebsrätetag den Impuls mitgenommen, die Arbeitssituation der 200 Kolleg*innen im Kundenservice zu verbessern. Dazu wollten sie die Schichtplanung angehen. Gescheitert sei das am fehlenden politischen Willen des Geschäftsführers und des Bereichsleiters. Erst ein Kulturwandel beim Mutterkonzern Otto machte es möglich, die Partizipation der Kolleg*innen zu stärken.

Weiteren Rückenwind bekam der Gemeinschaftsbetriebsrat durch die Ergebnisse einer Gefährdungsbeurteilung. Der Krankenstand war hoch, die Kolleg*innen unzufrieden mit der zentralen Planung ihrer Arbeitseinsätze, denn die führte ihrer Meinung nach zu „chaotischen Arbeitszeiten“, die nur wenige Optionen bei der Freizeitplanung möglich machten. Mehr Gleitzeit und mehr Mitbestimmung waren die Wünsche. Heute werden einige wenige Kolleg*innen festgelegt, die verlässlich früh beginnen, und andere, die das Ende der Schicht abdecken. Alle anderen sind frei darin zu entscheiden, zu welcher Zeit sie ihre Schicht

beginnen. Eine sechsmonatige Pilotphase 2019 war erfolgreich, Anfang 2020 wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen.

SONDERPREIS CORONA

Aus ver.di-Sicht gab es noch einen weiteren Erfolg. Der Betriebsrat der Stadtwerke Böblingen konnte sich über den kurzfristig ausgeschriebenen Sonderpreis Corona freuen. Innerhalb weniger Tage nach Beginn des Lockdowns im Frühjahr hatten sie eine Betriebsvereinbarung auf den Weg gebracht, in der die Organisation und die Bedingungen der Arbeit so gestaltet wurden, dass die Beschäftigten des Energieversorgers familiäre Bedürfnisse und Verpflichtungen erfüllen konnten und der Betrieb dennoch aufrecht erhalten werden konnte.

Der Deutsche Betriebsrätepreis...

... ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“. Er zeichnet seit 2009 das Engagement und die erfolgreiche Arbeit von Betriebsräten aus, die sich nachhaltig für den Erhalt oder die Schaffung von Arbeitsplätzen oder für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Unternehmen einsetzen.

LAUDATIO

Unbeirrt vorangetrieben

„(...) Euer progressiver Ansatz, ein höheres Maß an Eigensteuerung bei der Arbeitszeit mit Hilfe eines quasi im Kollektiv ‚selbstbestimmten‘ Schichtplans, hat sich bereits in der Pilotphase bewährt. Das hat wohl auch das Unternehmen überzeugt, so dass die Überführung des Piloten in den Regelbetrieb ohne größere Hürden erfolgte. Die ‚Selbstbestimmung‘ wurde von euch bereits ab der Konzeptionsphase eurer innovativen Schichtplanung gelebt. Die betroffenen Beschäftigten konnten sich dank eures Einsatzes von Anfang an in zahlreichen Projektarbeitsgruppen einbringen. Auch dies hat sich als weiterer Erfolgsfaktor für die Motivation und Zufriedenheit eurer Kolleg*innen herauskristallisiert. Der Erfolg hat euch und eurem Engagement Recht gegeben. Hervorzuheben an eurer Vorgehensweise ist auch, wie gut strukturiert ihr das Mitbestimmungsprojekt organisiert und durchgeführt habt. Entgegen der anfänglichen Widerstände eures Arbeitgebers habt ihr das Thema und euren Standpunkt unbeirrt im Interesse eurer Kolleg*innen entschlossen so lange vorangetrieben, bis auch der Arbeitgeber überzeugt war. (...)“

Arbeitsschutz in Zeiten von Corona

SARS-COV-2 – *Online-Konferenz mit Macher*innen der neuen Arbeitsschutzregel*

(ml) Die am 20. August 2020 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel soll ein sicheres und gesundes Arbeiten während der Corona-Epidemie ermöglichen. An der Arbeitsschutzregel hat auch ver.di intensiv mitgearbeitet. Sie war jüngst Thema einer Online-Konferenz von ver.di.

„Arbeits- und Gesundheitsschutz gehen nur gemeinsam“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Dagmar König. Die Pandemie habe gezeigt, dass die Arbeitgeber davon profitierten, wenn sie dauerhaft ihre Beschäftigten schützen. Viele Arbeitgeber nahmen jetzt zum ersten Mal die gesetzlich vorgeschriebene Gefährdungsbeurteilung ernst. „Gu-

ter Arbeitsschutz funktioniert nur mit Einbindung der Interessenvertretung“, so König weiter.

Wichtig war König auch, dass Corona als Berufskrankheit nicht nur für Beschäftigte in medizinischen Einrichtungen anerkannt wird. Jeder angesteckte Beschäftigte solle deshalb seine Erkrankung der Berufsgenossenschaft anzeigen.

Die neue Covid-Arbeitsschutzregel beschreibe den neuesten Stand der Technik und die Hygienevorschriften, erläuterte König. Die Arbeitgeber müssten die Regeln berücksichtigen, und zwar nach dem Top-Down-Prinzip, zunächst Abstand halten und Verkehrswege verringern, erst dann kämen die persönlichen Maßnahmen wie Mund-Nasen-Bedeckungen

hinzu. Die psychischen Belastungen im Zusammenhang mit Covid nähmen zu, je länger die Krise anhalte, sagte Eva Haberkern, Arbeitspsychologin bei CAIDAO Berlin. Gründe seien geänderte Arbeitsabläufe, doppelte Belastungen wie Home Office und Kinderbetreuung, aber auch vermehrte Konflikte am Arbeitsplatz mit verärgerten Kunden. Auch die Angst, dass es die Firma nach der Krise nicht mehr gebe, sei ebenso belastend wie die stete Angst vor Infektionen.

Die Vorträge und Diskussionen können unter [sopo.verdi.de](https://www.verdi.de) angeschaut werden. Außerdem wird dort ein Online-Praxisleitfaden als erster Entwurf von ver.di zur Verfügung stehen.



Urkunden kommen per Post

DEUTSCHER PERSONALRÄTEPREIS – Gold für PR der Stadtverwaltung Düsseldorf

Anruf statt Aufruf auf die große Bühne, Post statt Preisverleihung – Corona hat auch die Abläufe bei der Verleihung des Deutschen Personalräte-Preises kräftig auf den Kopf gestellt. Die Veranstalter hatten das Schöneberger Forum, in dessen Rahmen die Preise traditionell überreicht werden, frühzeitig abgesagt. Auf die Auszeichnung engagierter Interessenvertretungen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes wollten sie dennoch nicht verzichten. Also mussten die Nominierten am Telefon ausharren: Sie bekamen die frohe Kunde bei einem Anruf mitgeteilt, Trophäe und Urkunde folgten per Post.

STADTVERWALTUNG DÜSSELDORF

Besonders groß war die Freude beim Personalrat der Stadtverwaltung Düsseldorf. Die Kolleg*innen in der Landeshauptstadt bekamen den Preis in Gold zugesprochen. Mit ihrem Projekt haben sie gezeigt, dass Rekommunalisierung eine tatsächlich umsetzbare und auch wirtschaftlich darstellbare Möglichkeit ist, heißt es in der Begründung. Aus dem, was ursprünglich als Rationalisierung geplant war, konnten – auch nach organisiertem Druck durch Politik und Öffentlichkeit – in der städtischen Reinigung neue Arbeitsplätze mit tariflich gesicherten Arbeitsbedingungen entstehen. „Das Ergebnis und die erhöhte Qualität kommen nun allen zu Gute“, freute sich der 1. stellvertretende Personalratsvorsitzende Stefan Wittstock. Mit allen meint er nicht nur die betroffenen Beschäftigten, sondern auch alle Kolleg*innen, die in den städtischen Gebäuden arbeiten, und nicht zuletzt die Bürger*innen Düsseldorfs.

„Das Projekt des Personalrates zeigt, welche Wirkung gut vernetzte und organisierte Arbeit haben kann

und welche Hebel in Bewegung gesetzt werden können“, sagt die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Der Personalrat habe seine Rolle nicht nur zum Erhalt bereits bestehender Arbeitsplätze genutzt, sondern auch für eine Verbesserung des Reinigungsstandards in den Bereichen und zusätzlich zur Schaffung guter Arbeitsplätze. „Das Projekt zeigt Durchsetzungsstärke, aber auch ein feines Gefühl für gesellschaftliche Notwendigkeiten“, so Behle. Für sie ist das Projekt beispiellos bei den eingereichten Projekten in 2020.

STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE DER TU BERLIN

Der Deutsche Personalrätepreis 2020 in Silber geht an den Personalrat der studentischen Beschäftigten an der Technischen Universität Berlin. Hier hatten Kolleg*innen von ver.di und von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gemeinsam eine Dienstvereinbarung zur Arbeitszeit auf den Weg gebracht. Sie regelt, wie anfallende Mehrarbeit zu behandeln ist. Dabei wird geltenden Gesetzen und Tarifverträgen Rechnung getragen.

AOK PLUS SACHSEN UND THÜRINGEN

Der Bronzepreis geht an den Gesamtpersonalrat (GPR) der AOK Plus, der Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen mit Sitz in Chemnitz. Sie setzten mit ihrem Projekt ein Zeichen für gelebte Solidarität in Corona-Zeiten. Mit dem Vorstand hatten sie vereinbart, dass betreuenden Eltern während des Corona-Lockdowns im Frühjahr ein übertarifliches Entgelt gezahlt wurde. Der Gesamtpersonalrat machte es darüber hinaus auch noch möglich, dass Zeitspenden – vom Vor-

stand aufgestockt – von betreuenden Kolleg*innen genutzt werden konnten. „Das Vorgehen ist aktiv, hat die Probleme der Beschäftigten im Blick, verbessert konkret Arbeitsbedingungen und zeugt von Kreativität“, lobte Christine Behle dieses Signal der Solidarität.

ZWEI SONDERPREISE

Zudem wurden noch zwei Sonderpreise vergeben. Der Sonderpreis für Schwerbehindertenvertretungen ging an den Personalrat und die Schwerbehindertenvertretung der Hochschule Hannover für die Entwicklung und den Abschluss einer Integrationsvereinbarung. Angestrebt ist unter anderem die Steigerung des Anteils von Beschäftigten mit Behinderungen auf 7,5 Prozent. Explizit einbezogen werden sollen dabei Auszubildende. Aber die Vereinbarung enthält auch Regelungen zu Hilfsmitteln und Arbeitsplatzausstattung allgemein. Ein weiterer Sonderpreis, diesmal für die Arbeit von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV), ging an die JAV der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei Eutin für ihr Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Der Deutsche Personalräte-Preis...

... wurde in diesem Jahr bereits zum 10. Mal von der Zeitschrift „Der Personalrat“ ausgelobt. Er stand erneut unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“. Damit wollen die Initiator*innen darauf hinweisen, dass Personalräte selbst die Initiative ergreifen können, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, deren Arbeitsumfeld oder die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern. Mehr Infos zum Preis, zu den ausgezeichneten und zu allen nominierten Projekten unter dprp.de

PREISE 2020

Jetzt schon bewerben

(red.) Nach dem Preis ist vor dem Preis – das ist sowohl beim Deutschen Personalräte- als auch beim Deutschen Betriebsrätepreis so. Denn kaum sind die Preisträger*innen des laufenden Jahres ausgezeichnet, können sich engagierte Interessenvertretungen für die Preise des folgenden Jahres bewerben. Gefragt sind dann Projekte aus den Jahren 2019 bis 2021. Die Kriterien für die Bewertung der einzelnen Arbeiten sind u. a. die Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit der durchgeführten Projekte sowie die konkreten Auswirkungen auf den Alltag im Betrieb bzw. in der Dienststelle. Darüber hinaus prüfen die Mitglieder der jeweiligen Jury alle eingereichten Arbeiten hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit sowie ihres Innovationsgrades und bewerten die im Projekt umgesetzte Teamleistung auch hinsichtlich Originalität, Nachhaltigkeit und sozialem Einsatz. Abgesehen vom unterschiedlichen Kreis der Adressat*innen gibt es auch unterschiedliche Bewerbungsschlüsse. Für den Deutschen Betriebsrätepreis müssen die Bewerbungen bis zum 30. April 2021 eingegangen sein. Mehr Infos unter dbrp.de. Die Bewerber*innen für den Deutschen Personalrätepreis haben einen Monat länger Zeit, hier ist der Bewerbungsschluss am 31. Mai 2021. Mehr Infos zu diesem Preis unter dprp.de. Bei beiden Preisen sind auch Online-Bewerbungen möglich

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

DR. MARIA KNIESBURGES

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING, JENNY MANSCH

MITARBEIT: ANKE GEORGE-STENGER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK: DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN, TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012 VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 17 ERSCHEINT VORAUSSICHTLICH AM 5. DEZEMBER 2020

verdi.de



ANNA MAYR,
DIE ELENDE,
HANSER BERLIN,
207 SEITEN, 20 EURO
ISBN 978-3446268401

Schonungslos offen

BUCHTIPP – *Leidenschaftliches Plädoyer für einen Systemwandel*

Anna Mayrs Buch „Die Elenden“ fühlt sich an manchen Stellen wie ein Schlag in die Magengrube an. „...wenn dieser Text am Ende doch nichts ändert, dann kann ich Menschen, die mich wütend machen, jetzt mit 200 Seiten Hardcover bewerten, anstatt sie böse anzuschauen und die Wut in mich hineinzufressen“, schreibt die 27-jährige Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“ im ersten Kapitel ihres Buches, das den Untertitel „Warum unsere Gesellschaft Arbeitslose verachtet und sie dennoch braucht“ trägt. In einem Wechsel

aus Erlebtem, Gelesenem und Reportage belegt Anna Mayr sehr anschaulich, wie diese beiden Punkte zusammenhängen.

WAS HEISST SCHON PROBLEMVIERTEL?

Mayr ist als Kind arbeitsloser Eltern aufgewachsen, in einer mittelgroßen Stadt im Ruhrgebiet in einem sogenannten Problemviertel. Aber was heißt schon Problemviertel? Ihre Eltern haben beide Abitur gemacht, der Vater anschließend eine Ausbildung zum Tischler, ihre Mutter hat Philosophie studiert. Der Vater wird von einer Zeitarbeitsfirma zur nächsten geschoben und irgendwann nicht mehr gebraucht. In Mayrs Logik wird er dennoch gebraucht. Und die Erklärung dafür ist simpel: Es ist der Kapitalismus. Der benötigt immer mehr Arbeitende, als er tatsächlich einsetzen kann. Denn für jedes neue Unternehmen, das gegründet wird, müssen mögliche Beschäftigte zur Verfügung stehen. Erwerbslos bleiben die, für die nie eine passende Stelle gefunden wird.

Was einen „Die Elenden“ von Mayr wie Victor Hugos gleichnamigen Gesellschaftsroman verschlingen lässt, ist die schonungslose Offenheit, mit der Mayr einerseits ihre Geschichte eines Kindes von Langzeitarbeitslosen

erzählt, andererseits aber auch die Fehler in unserem Wirtschaften und in unserer Gesellschaftsform benennt. Dabei ist ihr Buch weder eine Autobiografie noch ein reines Sachbuch. Es ist vielmehr ein leidenschaftliches Plädoyer für einen Systemwandel, dass sich den einen oder anderen Kollegen genauso vornöpft wie

Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der mit der Hartz-IV-Gesetzgebung die Elenden in eine noch elendere Lage gebracht hat. Mayrs Buch ist berührend und aufrüttelnd zugleich. Und beschämt diejenigen, die immer noch meinen, die Arbeitslosen seien an ihrem Elend selbst Schuld.
Petra Welzel

TERMIN

Am 5. Dezember findet ein bundesweiter **Aktionstag für Abrüstung und Entspannungspolitik** statt. Aus diesem Anlass hat der Arbeitsausschuss der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“, der auch ver.di angehört, den Frankfurter Appell für eine neue Entspannungspolitik verabschiedet. Am Folgetag findet dann der **27. Friedensratschlag** statt. In diesem Jahr ist er in der

Zeit von 11 bis 18.30 Uhr digital geplant. Anmeldungen werden schon jetzt unter **friedensratschlag-digital.de** möglich, dort gibt es auch nähere Infos zum Programm. Mehr Infos zum Aktionstag unter **abruesten.jetzt/veranstaltungen/**

Anlass für den Termin des Aktionswochenende ist die Verabschiedung des Bundeshaushalts in der Folgewoche.

UMZUG

Das Gewerkschaftshaus in München in der Schwanthalerstraße wird abgerissen. An dieser Stelle soll es ganz neu wieder aufgebaut werden. Daher ist der ver.di-Landesbezirk Bayern zusammen mit dem ver.di-Bezirk München und Region für die Dauer der Bauarbeiten in ein Ausweichquar-

tier gezogen. Jetzt ist ver.di in München in der Neumarkter Straße 22 in 81673 München zu finden, also im Osten der Stadt. Die altbekannten Telefonnummern bleiben unverändert erreichbar. Das alte Gebäude stammte aus den 1950er Jahren und galt seit Längerem als mangelhaft.

Raus aus dem Teufelskreis

„Minijobs führen zu Dequalifizierung und Altersarmut und sie befeuern zudem den Fachkräftemangel.“

DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel verlangt einen Fahrplan, um Menschen aus dem „Teufelskreis prekärer Beschäftigung“ zu holen